

September 2005

▶ Die USA am Öltropf	Seite 1
▶ Chinas Vormarsch in Lateinamerika	
▶ Indien mangelt es an hochqualifizierten Arbeitskräften	Seite 2
▶ Stirbt Europa aus?	
▶ Mehr Breitband für Europa	Seite 3
▶ Putins politischer Selbstmord	
▶ Seuchengefahr in Asien: Auch die Wirtschaft muss vorbeugen	Seite 4
▶ War on Terror: Partner Afrika?	

Die USA am Öltropf

(End of the Binge, James Howard Kunstler, *The American Conservative*, 12.09.2005)

Die Welt blickt auf eine eindrucksvolle Wachstumsperiode zurück. Die fossilen Energieträger brachten einen unvergleichlich hohen Lebensstandard, der heute für selbstverständlich angesehen wird. Die günstige Energiezufuhr sowie internationaler Frieden und Sicherheit sind nun durch die wachsende Ölknappheit und steigende Kurse gefährdet. Besonders der amerikanische Mittelstand hängt am Öltropf: Die „Vorortkultur“ macht die Menschen vom Auto abhängig.

Neue Technologien können die fehlende Energie nicht ersetzen. Keine Kombination alternativer Energien oder Brennstoffe kann den American Dream in seiner heutigen Form erhalten. Für das Problem interessieren sich nun auch die amerikanischen Konservativen. Ihr Vertreter James Howard Kunstler sieht gravierende Folgen der Ölknappheit:

- Flug- und Autoverkehr, Industrie und Finanzen – alle Wirtschaftszweige werden betroffen sein.
- Geopolitische Konflikte um Öl nehmen zu. Die guten Handelsbeziehungen der USA zu China enden, wenn beide Länder um Energiequellen kämpfen.
- Importe von Nahrungsmitteln werden aufgrund der hohen Transportkosten unbezahlbar. Die Landwirtschaft wird wieder nah am Verbraucher produzieren und sogar bebaute Flächen für die Bewirtschaftung zurückgewinnen müssen.
- Die heutige Mittelklasse wird der Verlierer dieses Prozesses sein. Während viele Berufe verschwinden, braucht die lokale Landwirtschaft große Mengen an Arbeitskräften. Was dies für das Gemeinwesen bedeutet, ist noch nicht abzusehen.
- Manche Regionen werden diesen Prozess nicht überstehen. Städte in unfruchtbaren Regionen wie Las Vegas oder Phoenix werden aussterben.
- Die Industriestaaten werden geschwächt und ganze Industriezweige verschwinden. Nur auf lokaler Ebene lassen sich noch tragfähige Strukturen bilden. Die Welt wird wieder größer...[mehr](#)

Chinas Vormarsch in Lateinamerika

(China's Entrance into Latin America: A Cause for Worry?, Sam Logan/Ben Bain, *International Relations Center*, 24.08.2005)

Die Ankündigung des chinesischen Präsidenten Hu Jintao, 100 Mrd. Dollar in Lateinamerika zu investieren, sorgt in Washington für Unruhe. Steht eine wirtschaftliche Invasion Chinas bevor und verlieren die USA ihre Vormachtstellung in der Region?

Auch wenn das Handelsvolumen zwischen China und Lateinamerika in den letzten 30 Jahren von 200 Mio. auf 40 Mrd. Dollar angewachsen ist, beträgt Chinas Anteil am Gesamthandelsvolumen Lateinamerikas nur 3,9%. (Zum Vergleich: Anteil der USA – 48%.) Auch sind die Chinesen aufgrund der kulturellen Unterschiede weiter vorsichtig in ihrem Engagement und stoßen immer wieder auf Schwierigkeiten.

Doch in den meisten Staaten Lateinamerikas wird der chinesische Präsident mit offenen Armen empfangen. Sie suchen Unterstützung, denn die Nettoinvestitionen der USA in dieser Region sind zwischen 2000 und 2003 um über 50% gefallen. Außerdem knüpfen die Chinesen ihre Investitionen nicht an Bedingungen oder Belehrungen, wie es die USA gerne tun. So versucht vor allem die politische Linke in Lateinamerika, den US-amerikanischen Einfluss in die Schranken zu weisen.

In Washington hat man erkannt, dass diese sich anbahnende Partnerschaft die Stellung der USA als Hegemonialmacht gefährden kann. China beteuert zwar, nur wirtschaftliche Absichten zu haben, aber selbst die lateinamerikanischen Staaten haben weitergehende Erwartungen. Die USA müssen ihr Verhältnis zu Lateinamerika grundlegend ändern, wenn sie ihren Einfluss in dieser Region wahren wollen...[mehr](#)

Indien mangelt es an hochqualifizierten Arbeitskräften

(Ensuring India's offshoring future, Diana Farell/Noshir Kaka/Sascha Stürze, *McKinsey Quarterly*, 2005 Special Edition: Fulfilling India's Promise)

International operierende Unternehmen bevorzugen Indien, wenn sie ihre Arbeit verlagern. Das Land rechnet bis 2008 mit etwa 1,5 Mio. Arbeitsplätzen im IT-Bereich, die etwa 7% des BIP erwirtschaften werden. Allerdings ist diese weltweite Spitzenposition gefährdet. Indiens Angebot an Universitätsabgängern genügt den hohen Anforderungen multinationaler Konzerne nicht:

- Trotz ihrer großen Anzahl (jährlich 14 Mio.) ziehen Personalmanager für ihre Unternehmen nur 10 bis 25% der indischen Absolventen in Betracht.
- Es gibt große Qualitätsunterschiede zwischen den indischen Universitäten.
- Schlechtes Englisch oder Schwierigkeiten bei der Aussprache stellen oft ein Einstellungshindernis dar.
- Noch mangelt es vielen qualifizierten Arbeitskräften an internationaler Arbeitserfahrung, da die heimische Wirtschaft bisher stark von der internationalen Konkurrenz abgeschirmt wurde.

Spätestens 2008 wird die Nachfrage an jungen indischen Führungskräften im Ingenieurwesen das Angebot übersteigen. McKinsey rechnet bereits für 2006 mit einer überhöhten Nachfrage. Andere Billiglohnländer wie China, Ungarn oder die Philippinen wittern schon ihre Chance. Dennoch bleibt Indien aufgrund seines großen Angebots an billigen Arbeitskräften für Unternehmen interessant und könnte seine Spitzenstellung halten, wenn es:

- in seine Infrastruktur investiert.
- die Qualität der Universitätsausbildung verbessert.
- die Unternehmen ermutigt, auch in bisher nicht beachteten Städten auf Personalsuche zu gehen.
- neben dem IT- und Software-Bereich auch andere Innovationsfelder erschließt...[mehr](#)

Stirbt Europa aus?

(Europa im 21. Jahrhundert, Walter Laqueur, *Merkur*, August 2005)

Wird das 21. Jahrhundert ein europäisches Jahrhundert? Dieser These widerspricht Walter Laqueur vehement. Er sieht Europa vielmehr mit seinen inneren Angelegenheiten und der Aufgabe konfrontiert, den sozialen Frieden zu wahren. Vor dem Hintergrund der gewaltigen demographischen Veränderungen in Europa entwirft er ein Szenario, das berechtigte Zweifel an der Zukunft Europas aufkommen lässt.

Heute leben nur noch 12% der Weltbevölkerung in Europa, 2050 werden es voraussichtlich noch 7%, am Ende des Jahrhunderts nur noch 4% sein. In Deutschland ist mit einem Absinken der Bevölkerung von heute 82 Mio. auf 32 Mio. zu rechnen. Um den Sozialstaat zu sichern und die Wirtschaft in Schwung zu halten, braucht Europa verstärkt Zuwanderung.

Der Großteil der zukünftigen Einwanderer wird aus der islamischen Welt kommen, kleinere Teile aus Südasien und Afrika. Dies führt zu ernsthaften politischen und gesellschaftlichen Problemen:

- Viele Zuwanderer sind arbeitslos und leben von Sozialleistungen.
- Die Geburtenrate unter den Einwanderern aus islamischen Ländern ist deutlich höher als die der Europäer, so dass die einheimische Bevölkerung in absehbarer Zeit in der Minderheit sein wird.
- Viele Immigranten wollen keine Integration. Die Gettoisierung in den großen Städten Europas führt zu einer Abschottung der Zuwanderergemeinden.

Die große Herausforderung der Zukunft wird die Wahrung des sozialen Friedens innerhalb der europäischen Gesellschaften sein. Viele Zuwanderer sind davon überzeugt, dass die Religion und nicht die demokratische Mehrheit die Politik bestimmen sollte. Die wirtschaftliche Stagnation in Europa führt zur Gefährdung des Wohlfahrtsstaates. Europa wird mit grundlegenden Reformen versuchen müssen, seine sozialen Errungenschaften zu sichern. Da bleibt keine Zeit für weltpolitische Führungsansprüche...[mehr](#)

Mehr Breitband für Europa

(Broadband: Europa needs more than DSL, Stefan Heng, *Deutsche Bank Research*, 30.08.2005)

Kommunikation ist der Herzschrümmacher der modernen Volkswirtschaften. Deren Wachstumsdynamik hängt stark von der Leistungsfähigkeit der Kommunikationsnetze ab. Bei der Breitbandkommunikation haben die kontinentaleuropäischen Länder gegenüber den weltweiten Spitzenreitern Südkorea, Japan und USA erheblichen Nachholbedarf. Und dieser Rückstand wird auf absehbare Zeit nicht aufzuholen sein.

Weltweit nimmt die Anzahl der Breitbandanschlüsse deutlich zu, aber Europas Zuwachsraten sind vergleichsweise gering. Während in den Vorreiterländern auch alternative Technologien wie das Kabelmodem genutzt werden, setzen die Europäer stark auf DSL. Sie wagen seltener als die US-Amerikaner den Schritt hin zum Breitband.

Neue Hoffnung für Europa bringt die Internet-Telefonie. Allerdings verfügt sie als einzelnes Produkt nur über sehr wenig Marktpotential, da der Anteil der Internet-Telefonie am Gesamtumfang der Sprach-Telefonie sehr gering ist. Dennoch wird ihr die Fähigkeit zugesprochen, das Interesse der Anwender an der Breitbandtechnologie nachhaltig zu fördern. Besonders die US-Unternehmen gehen auf das Bedürfnis der Privatanwender ein, indem sie ein dreiteiliges Multimediapakett anbieten: TV-Übertragung, Sprach- und Daten-Telefonie. In Europa aber lässt der Durchbruch der Breitbandtechnologie noch auf sich warten. Politiker suchen deshalb nach der richtigen Strategie, um die Verbreitung des Breitbandes zu fördern und gleichzeitig die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes insgesamt zu beschleunigen. Dabei sollten sie besonders die Alternativen zu DSL stärken. Dieser Wettbewerb dürfte die Breitbandkommunikation stärken und somit den Volkswirtschaften einen wichtigen Schub verleihen...[mehr](#)

Putins politischer Selbstmord

(Putin's Decline and America's Response, Anders Åslund, *Carnegie Endowment*, August 2005)

Russlands Präsident Putin hat in seiner zweiten Amtszeit ein noch stärkeres Machzentrum um seine Person aufgebaut. Aber die übertriebene Geheimhaltung führt zu schlecht informierten Entscheidungsträgern. Gleichzeitig nimmt die Korruption zu. Vier Ereignisse zeigen das Versagen des Regimes:

1. Yukos-Affäre: Die Festnahme Chodorkowskis hat Putins Justizreform geschwächt. Auch die Steuerreform litt unter den Aktivitäten voreingenommener Steuerfahnder.
2. Geiseldrama von Beslan: Hier zeigte sich deutlich das Versagen des Staates. Lange wurde die Geiselnahme ignoriert, die Menschen fühlten sich im Stich gelassen.
3. Wahlen in der Ukraine: Mit der Unterstützung des Premiers Janukowytsch zeigte Putin seine antidemokratische und antiwestliche Haltung. Außenpolitisch isolierte er sein Land wieder gegenüber Europa und der USA.
4. Sozialreform: Diese traf vor allem die Armen. Der Zorn auf Putin war so groß, dass die Regierung die meisten ihrer Pläne rückgängig machen und die Pensionen wieder anheben musste.

Putin hat mehrere Fehler begangen: Er hat sich mehr Macht zugewiesen als er in konkretes politisches Handeln umsetzen kann. Die Regierung ist zunehmend gelähmt. Putins restriktive Informationspolitik führt dazu, dass er selber zunehmend falsch

informiert wird. Er kann sich immer weniger auf die Staatsorgane stützen und ist alleine auf seine Popularität angewiesen. Inzwischen dominieren seine KGB-Freunde die Staatsverwaltung und die Staatsunternehmen. Reformen lassen sich gegen den Willen dieser de facto regierenden Eliten nicht durchführen. Hier liegt für Putin neben dem Unmut des Volkes die größte Gefahr.

Die USA können die jüngsten Entwicklungen in Russland nicht ignorieren. Es liegt in ihrem Interesse, Russland in die Weltwirtschaft zu integrieren. Wollen sie bei der weltweiten Verbreitung von Demokratie ernst genommen werden, müssen sie die Liberalisierung in Russland und den Staaten Eurasiens fördern...[mehr](#)

Seuchengefahr in Asien: Auch die Wirtschaft muss vorbeugen

(An Investor's Guide to Avian Flu, Sherry Cooper/Donald Coxe, *BMO Nesbitt Burns Research*, August 2005)

Die Weltgesundheitsorganisation warnt vor einem bevorstehenden Ausbruch der Vogelgrippe. Bisher starben an der asiatischen Form dieser Krankheit mehr als 50 Menschen und Millionen von Vögeln. Die Seuche könnte aufgrund der Integration Asiens in die globalen Handelsströme in Zukunft weltweit bis zu 50 Mio. Menschen infizieren – mit katastrophalen Folgen für die Weltwirtschaft:

- ein dramatisches Abbremsen der Weltwirtschaft aufgrund eines durch Panik ausgelösten Einbruchs der Nachfrage
- eine große Menge arbeitsunfähiger Menschen und deutlich steigende Arbeitslosigkeit
- zu erwartende Handelsbeschränkungen für den grenzüberschreitenden Verkehr von Menschen und Gütern

Die Folgen einer möglichen Epidemie sind so weitreichend, dass die Wirtschaft zusammen mit Medizin und Wissenschaft Pläne zur Vorbeugung entwickeln muss. Gemeinsames internationales Vorgehen zur Bekämpfung der Seuchengefahr ist im Interesse aller, denn das schwächste Glied der Kette zieht die anderen Akteure mit nach unten...[mehr](#)

War on Terror: Partner Afrika?

(After London: Reassessing Africa's Role in the War on Terror, Kurt Shillinger, *National Security Outlook*, AEI, September 2005)

Afrika weckt aufgrund seiner geografischen Nähe zum Nahen und Mittleren Osten, seines Ressourcenreichtums und seiner großen, kaum kontrollierten Gebiete mit schwachen und zerfallenden Staaten das Interesse von außen.

Es gibt zwei neue Typen von Interessenten an Afrika:

- China, das an den Rohstoffen interessiert ist und nicht vor der Zusammenarbeit mit korrupten Regimen zurückschreckt.
- Muslime, die auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen sind oder andere Interessen verfolgen, wie die wachsende Anzahl an vom Ausland finanzierten Moscheen und Koranschulen beweist.

Radikale muslimische Gruppen handeln in Afrika zunehmend eigenverantwortlich und stoßen mit ihren antiwestlichen Äußerungen bei den lokalen Politikern auf Gehör.

Die USA sollten auf diese Herausforderung reagieren: Einen Ansatz dazu bietet die Trans-Sahara-Counterterrorism Initiative, eine Zusammenarbeit von neun afrikanischen Staaten und mehreren US-Behörden. Afrika muss eine eigene Sicherheitsstruktur entwickeln und in den Anti-Terrorkampf mit einbezogen werden. Dann könnten Zweck-Allianzen gegen Terror und organisierte Kriminalität gebildet werden. Sollte dies nicht gelingen, drohen Konsequenzen weit über den Kontinent hinaus...[mehr](#)

Unter www.atlantic-outlook.org finden Sie weitere Zusammenfassungen.

Ein Service der Atlantischen Initiative e.V. – Verantwortlicher Redakteur: Björn Sacknieß

©Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.de

